

Kramář zu Beginn seiner Laufbahn als mit dem Volk und der Arbeiternation identifizierte – angesichts wachsender Herausforderung durch sozialistische Parteien trat später das Bild der ideellen Einheit der sozial denkenden Nation in den Vordergrund. Innerhalb einer idealistischen Gemeinschaft wiederum sollte sich eine moderne Wirtschaft entfalten. – Der Staat stand in Kramářs Denken letztlich als Rahmen der und als Chiffre für die Nation. Unter diesen Voraussetzungen waren für den ‚leidenschaftlichen Staatsmann, aber nur sehr widerwilligen Staatstheoretiker‘ Kramář (103) im Laufe seiner Karriere, unter den unterschiedlichen jeweiligen Handlungsoptionen und außenpolitischen Bedingungen durchaus von einander divergierende politische Lösungen möglich, durchaus auch im Rahmen Österreichs, wenn denn die Lage der Tschechen befriedigend ausfiel, bald aber, und zwar schon vor 1914, auch außerhalb dieses staatlichen Rahmens. Da er sich eben nicht an einer tragfähigen staatlichen Lösung, sondern an einem auf eine primordiale, je nach Lage und aktuellen Zielen kulturell wie staatsrechtlich begründete tschechische Nation zugeschnittenen Programm orientierte, waren ihm – angesichts der mitteleuropäischen Bevölkerungszusammensetzung zwangsläufige – Spannungen zu anderen Bevölkerungsgruppen, einschließlich zu den 1918 in den neuen Staat mit einbezogenen Slowaken, zweitrangig und vernachlässigbar.

Die Abschnitte, die auf Kramářs tagropolitische Bindungen und Vorstellungen eingehen, sind auch diejenigen, in denen die Wirkung des eingangs erwähnten „Denkkollektivs“, bzw. die Effekte der Abgrenzung von derartigen Gruppen am deutlichsten greifbar wer-

den. Generell wird der eingangs reklamierte mikrohistorische Blick eher in der Mikroebene der Betrachtung, in der Konzentration auf die Person Kramářs umgesetzt, denn in der durchgängigen Untersuchung derartiger Strukturzusammenhänge. Freilich sind mindestens einige wichtige Quellen dazu verloren (23). Ferner muß der Verf. konzediert werden, daß eine andere Lösung ihre so gut lesbare Untersuchung schnell auf einen mehrfachen Umfang anschwellen lassen und zudem leicht ihrer in der vorliegenden Form so klaren Linienführung beraubt hätte.

Julia Brandt

Stefan Breuer, Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2001, 424 S.

Die Unübersichtlichkeit der politischen Sphäre, die Jürgen Habermas vor einigen Jahren konstatierte, kennzeichnet nicht nur die jüngere Gegenwart. Blickt man auf die Jahrzehnte zwischen der Nationalstaatsgründung 1871 und der nationalsozialistischen Gleichschaltung nach 1933, dann gliedern Zuordnungen wie rechts, links oder Mitte das vielfältige Spektrum an politischen Parteien und Organisationen nur begrenzt. Meist erweisen sich Begriffe wie „die Rechte“ oder „die Linke“ als ideologische Kampfformeln, die der polemischen Fremd- oder emphatischen Selbstbezeichnung dienen, nicht aber als sinnvolle Analysekategorien.

Daß man vor dieser Vielfalt der politischen Wirklichkeit nicht kapitulieren und in bloße Deskription flüchten

muß, zeigt *Stefan Breuers* brillante Analyse. Als einer der besten Kenner des konservativen und rechten Lagers zwischen 1870 und 1945 seit langem ausgewiesen, „ordnet“ er hier das schillernde und wabernde Ideenspektrum der rechten Radikalen. Als Ergebnis liegt ein an der Weberschen verstehenden Soziologie und ihrem Ordnungsbegriff angelehnter Überblick über die Grundideen der Rechten vor – eine Ideengeschichte, die die meisten Darbietungen der „neuen Kulturgeschichte“ weit überbietet.

Gemeinsam war allen Rechten die Vorstellung einer natürlichen Ordnung, die immer als ungleich gedacht war. Darin lag der fundamentale Bruch gegenüber Liberalismus und Sozialismus. Daß daraus ganz unterschiedliche und sich meist extrem feindlich gegenüberstehende politische Gruppchen entstanden, ist kein Widerspruch. *Breuers* Leistung besteht erstens darin, diese Variationen von Ungleichheit zu systematisieren, indem er ein „Set von Optionen und Präferenzen“ beschreibt. Gegliedert in zehn inhaltliche Problemfelder, angefangen von Boden, Blut und Volk, bis hin zu Religion und Antisemitismus, beschreibt er die verschiedenen Deutungsfiguren der Rechten und konstruiert idealtypische Ordnungen. Darin liegt der theoretische Pfiff der Arbeit: die Vielfalt des rechten Spektrums nicht auszublenden, aber diese Heterogenität der Ideen und Werte dennoch in einen systematischen Zusammenhang bringen zu können.

Der zweite große Gewinn seiner Studie liegt darin, sowohl die Rechte vor 1933 als auch den Nationalsozialismus zu behandeln. Das völkische Gebräu, das seit den 1870er Jahren mehr und mehr am Köcheln war, wird damit weder zur bloßen Vorgeschichte,

zum linearen Vorlauf des Ideenhaushalts des „Dritten Reiches“, noch wird dadurch der Nationalsozialismus säuberlich und strikt von früheren Erscheinungsformen rechten Denkens getrennt. Die Frage nach Kontinuität und Bruch zwischen Traditionen und nationalsozialistischem Gegenentwurf läßt sich damit neu und weit gründlicher stellen als bisher. Auch die Frage etwa, ob der Nationalsozialismus als extremer Nationalismus hinreichend klassifiziert ist oder gerade als Bruch mit allen vorhergehenden Varianten des deutschen Nationalismus zu verstehen ist, kann auf dieser Grundlage erst richtig diskutiert werden. Zukünftig wird keine Debatte über die Einbettung des Nationalsozialismus in deutsche Vorgeschichten ohne *Breuers* Studie geführt werden können.

Manfred Hettling

Birgit Kletzin, Europa als Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der Neuen Ordnung, LIT-Verlag, Münster/Hamburg/London 2000, 242 S.

Die vorliegende Arbeit stellt sich als ein ernstzunehmender Versuch dar, der politischen Rolle von „Wissenschaftlern“ im Aufbau Europas im Nationalsozialismus nachzugehen. Bekanntlich liegt der Teufel einer wissenschaftshistorischen Untersuchung weniger im empirischen Detail als im eigenen wissenschaftshistorischen Zugriff. Reflektiert die Autorin die unterschiedliche Rolle ihrer Hauptuntersuchungsgegenstände: der Europapolitik im NS einerseits und der wissenschaftlichen Forschung andererseits? Sie arbeitet die Stationen des deutschen Europa-